

Warnung vor zu großer Annäherung an Rußland

Früherer Präsidentenberater sieht Stärkung illiberaler Tendenzen / Kehrtwende in Deutschland gefordert / IUF-Reformgipfel

orn. BERLIN, 4. Mai. Die westliche Welt sollte sich bewußt sein, daß sie durch ihre Zusammenarbeit mit Rußland im Rahmen der G 8 den dortigen Zerfall der demokratischen und freiheitlichen Werte politisch unterstützt. Dasselbe gelte für die deutsch-russische Zusammenarbeit, die mit dem jüngsten Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel mit deutschen Unternehmern im sibirischen Tomsk politisch aufgewertet worden sei. „Wir müssen wenigstens die Folgen dieses unseres Tuns vor Augen haben“, mahnte Andrei Illarionow, früherer Wirtschaftsberater des russischen Präsidenten Wladimir Putin, vor rund hundert Teilnehmern am „Reformgipfel“ des Instituts für unternehmerische Freiheit (IUF) in Berlin.

Illarionow warnte in Berlin, die pragmatische Sichtweise, nach der Rußland nur durch politischen Rat, Aufklärung und praktische Zusammenarbeit auf den richtigen Weg gebracht werden könne, sei durch keine Erfolgsgeschichte gestützt. „Kooperation ist wirkungslos.“ Allen westlichen Bemühungen zum Trotz sei Rußland im Laufe der Jahre nicht nur zunehmend undemokratisch und unfrei, sondern auch nach außen aggressiv geworden. Das belege die Haltung Rußlands gegenüber Iran und der Hamas ebenso wie zuletzt die Drohungen des Gasprom-Chefs Alexeji Miller mit Blick auf die Gaslieferungen Rußlands in die EU. Rußland votiert im Atomstreit gegen UN-Sanktionen gegen Iran und unterstützt die palästinensische Regierung auch weiterhin finanziell. Miller hatte Ende April angedeutet, wenn die Aktivitäten des staatlichen Unternehmens auf dem europäischen Markt erschwert würden, könnte sich Gasprom verstärkt China und Japan als Kunden zuwenden.

Vor diesem Hintergrund müßten sich die westlichen Länder gut überlegen, ob sie am geplanten G-8-Gipfel in St. Petersburg im Juli teilnehmen wollten, sagte Illarionow. „Die Zusammenarbeit



Andrei Illarionow

Foto Matthias Lütdecke

freier Länder mit unfreien Staaten, die Unterhaltung von Handels- und Investitionsbeziehungen, die Konsultationen mit ihren politischen Führern – den freien Ländern selbst hilft all das keineswegs, sondern es stärkt allenfalls die illiberalen Tendenzen in den unfreien Staaten.“ Illarionow war bis zum Winter Putins Chefökonom. Seine Kritik am Verlust von Demokratie und Freiheit in Rußland im Zuge der Enteignung, Zerschlagung und Rückverstaatlichung des Ölkonzerns Yukos kostete ihn erst die Rolle des russischen „Sherpa“ für die G-8-Treffen und dann den Einfluß im Kreml; schließlich bat er um Entlassung. Heute leitet Illarionow noch das in Moskau angesiedelte Institut für ökonomische Analyse. Er hegt den Verdacht, daß ihm die Regierung dabei den Zugang zu privaten Geldmitteln für das Institut aktiv erschwert.

Eine politische Kehrtwende mahnte der IUF-Geschäftsführer Wolfgang Mül-

ler auch mit Blick auf Deutschland selbst an. Der Wohlfahrtsstaat sei überfordert. „Deutschland braucht auf vielen Gebieten eine andere Politik, aber vor allem braucht Deutschland weniger Politik.“ Der Kölner Soziologe Erich Weede rief die Politik auf, die notwendigen Systemkorrekturen auf dem Gebiet von Rente, Gesundheit, Arbeitsmarkt und Haushalt zügig in Angriff zu nehmen. Als Kriterium für die Angemessenheit politischer Weichenstellungen könne eine einfache Frage gelten: „Nützt die Politik den Verbrauchern, den Steuerzahlern und der nächsten Generation?“ Nur wenn alle drei Bedingungen erfüllt seien, sei die jeweilige Politik nicht von Übel. Weede regte an, das Einkommen der Parlamentarier und Kabinettsmitglieder an das Wirtschaftswachstum, die Staatsverschuldung, die Budgetdefizite und die Arbeitslosenquote zu koppeln. „Dann würden sie vielleicht ihre Verpflichtung wiederentdecken,

alle Deutschen mit öffentlichen Gütern zu versorgen statt Interessengruppen mit Privilegien.“

Mit Blick auf eine Eindämmung der Verschuldung von Bund und Ländern warb Charles Beat Blankart von der Humboldt-Universität Berlin in Anlehnung an den Wissenschaftlichen Beirat beim Wirtschaftsministerium für einen „Föderalismus mit beschränkter Haftung“ – mit einer klaren Haftungsgrenze des Bundes für die Schulden der Länder. Er regte an, in Artikel 109 Absatz 1 Grundgesetz das Wort „selbstverantwortlich“ einzufügen. Bisher lautet der Absatz: „Bund und Länder sind in ihrer Haushaltswirtschaft selbständig und voneinander unabhängig.“

Manfred Rose von der Universität Heidelberg mahnte eine Unternehmenssteuerreform an, in deren Folge Unternehmer und Unternehmen nicht mehr dazu angehalten würden, etwas anderes zu tun als das, was unter Marktbedingungen objektiv den größten Erfolg verspreche. Rose forderte Investitions-, Finanzierungs- und Rechtsformneutralität. „Das ist ein Stück unternehmerische Freiheit“, sagte er. Mit einem Dreisäulenmodell, das die herkömmliche progressive Einkommensbesteuerung mit einer Gewinnsteuer von 25 Prozent auf zinsbereinigte investierte Unternehmensgewinne und einer Ausschüttungssteuer von 20 Prozent kombiniere, lasse sich dies derzeit noch am besten erreichen.

Das IUF ist eine privatwirtschaftlich finanzierte Einrichtung mit Sitz in Berlin, die auf den Politikfeldern Rente, Gesundheit, Arbeit und Steuern „marktwirtschaftliche Alternativen zu Deutschlands überreguliertem Wohlfahrtsstaat“ entwickeln will, wie es heißt. Das Institut will dazu beitragen, die Angst der Bevölkerung vor einer marktwirtschaftlich orientierten Politik zu überwinden, wie Müller sagte.